

Vor nunmehr 10 Jahren wurde in Athen das Europäische Friedensforum gegründet. In diesen Jahren haben die nationalen Sektionen des Forums und das Forum als Ganzes vielfältige Aktivitäten durchgeführt - im Kampf für eine friedliche Welt, insbesondere für eine friedliche Entwicklung in Europa, für soziale Gerechtigkeit, in der Auseinandersetzung mit den Versuchen die Geschichte zu verfälschen und mit Erscheinungen des Neofaschismus.

Erinnern möchte ich an die gemeinsamen Friedenskonferenzen in Prag, Kiew und in Berlin, an das Engagement des Forums und der Sektionen gegen den Krieg gegen den Irak, die wissenschaftliche Konferenz zu den neuen Formen des Faschismus und an die Aktionen gegen die aggressiven Pläne der NATO.

Es sollte Übereinstimmung hergestellt werden, dass wir gemeinsam das Europäische Friedensforum erhalten und weiterführen – und zwar als ein **Netzwerk** gesellschaftlicher Kräfte, Der Austausch von Informationen kann über einen Korrespondenzpunkt des Europäischen Friedensforums reguliert werden,

### **Das Europäische Friedensforum**

versteht sich als ein unabhängiger und überparteilicher Verbund friedensorientierter Verbände, Initiativen und Bewegungen; sowie von Persönlichkeiten aus Gewerkschaften, Kirchen und Parteien europäischer Länder, die sich dem Ziel einer friedlichen Zukunft der Staaten und Völker Europas und der Welt verpflichtet fühlen und ihr Wirken auf die Erreichung dieses Zieles richten.

### **Das Europäische Friedensforum**

bemüht sich um einen Beitrag zu einer dauerhaften europäischen Friedens- und Sicherheitsordnung, um die Suche nach Wegen, die dafür notwendigen politischen und ökonomischen Bedingungen zu schaffen. Es trägt zur Analyse von Ursachen der Gefährdung des Friedens in Europa und in der Welt bei. Dabei arbeitet das Forum mit Friedensorganisationen und Gruppen, mit friedenspolitisch orientierten Institutionen und Organisationen zusammen, entwickelt den Meinungs- und Informationsaustausch und nimmt aktiv an gemeinsamen Aktionen teil.

Die GBM ist Mitglied des OKV und gerade wegen ihrer nationalen und internationalen Arbeit auf dem Gebiet der Menschenrechte hochgeschätzt. Sie leistet einen angesehenen Beitrag in Friedensfragen und vertritt die Interessen diskriminierter Bürger in Ost und West. Ihr gehören Bürger aus allen Schichten der Bevölkerung an, selbstverständlich auch ehemalige Angehörige des MfS der DDR.

Das Ostdeutsche Kuratorium der Verbände hat heute - 20 Jahre nach seiner Gründung - einen festen Platz unter den gesellschaftlichen Organisationen, die sich für die Wahrung der Menschenrechte, für soziale Gerechtigkeit und gegen die Erscheinung der Geschichtsfälschung einsetzen.

Unsere „Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V.“ – bereits im Mai 1991 zur Dokumentation des mit dem Anschluss der DDR an die Bundesrepublik verbundenen Unrechts und zur Organisierung des politischen Widerstandes gegen die Folgen dieser Art und Weise der „Vereinigung“ gegründet – hatte einen wesentlichen Beitrag zur Zusammenführung

der verschiedenen Organisationen in diesem Kuratorium geleistet, um die politischen Kräfte zu bündeln. Mehrere Jahre hat der langjährige Vorsitzende der Gesellschaft, Prof. Wolfgang Richter, als Präsident die Arbeit des Kuratoriums koordiniert und inhaltlich beeinflusst.

Nach dem Anschluss der DDR an die BRD wurde bald sichtbar „wohin die Reise geht“. Der Vorgänger der GBM die »Unabhängige Arbeitsgruppe zur Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen und zum Schutz der Menschenrechte in den neuen Bundesländern und in Berlin« hat das damals wie folgt formuliert: »Massenhaftes Unrecht geschieht. ... Menschen werden um ihre Arbeit, um Lebensunterhalt und Lebensziele gebracht. Berufsverbote infolge politischer Ausgrenzung greifen um sich; selbst vor Behinderten macht man nicht halt. Wohn- und Eigentumsrechte sind gefährdet, schon gibt es Obdachlose, Kinderkrippen- und Kindergartenplätze werden drastisch verteuert oder ganz abgeschafft. Menschenwürdiges Leben wird für viele unerschwinglich. Frauen sehen sich wieder an den häuslichen Herd verbannt. ... Jugendliche verlieren Freizeit- und schulische Fördereinrichtungen. Studieren wird – wie so vieles – wieder vom Geldbeutel abhängig. ... Neofaschisten drangsalieren uns, Meinungsfreiheit und andere Persönlichkeitsrechte werden eingeschränkt.«<sup>1</sup>

Schon sehr bald zeigte sich, dass im Ergebnis der massiven Verletzung des „Einigungsvertrages“ und der Menschenrechte gegenüber den Bürgern der neuen Bundesländer politische und soziale Zusammenschlüsse entstanden, um politisch und organisatorisch dieser Entwicklung entgegenzutreten und die Rechte der Bürger zu erstreiten.

So bildeten sich weitere Organisationen und Vereine, die versuchten die legitimen, oft auch differenzierten Interessen ihrer Mitglieder im wieder erstandenen „Groß-Deutschland“ (unter den neuen Bedingungen) wirksam zu vertreten.

So entstand das OKV, das Ostdeutsche Kuratorium von Verbänden, als ein Netzwerk von Initiativen und Vereinen, die sich der Überwindung von Diskriminierungen, Defiziten und Benachteiligungen im Prozess der Vereinigung Deutschlands verschrieben haben.

Gemeinsam haben wir die Verletzung der Menschenrechte in der BRD, besonders der „Ostdeutschen“ bis vor die Gremien der UNO gebracht und öffentlich gemacht. Hier sei nur der gesamte Komplex der Straffrenten, des Rentenunrechts insgesamt und der Berufsverbote, des Vandalismus gegenüber Kunst und Kultur der DDR genannt.

Die GBM hat mit Unterstützung des OKV und zusammen mit Friedensorganisationen aus der BRD und europäischen Ländern das internationale Tribunal über den NATO-Krieg gegen Jugoslawien organisiert. Das war ein gemeinsamer Erfolg aller im OKV zusammenwirkenden Organisationen. Wir denken auch an die internationalen wissenschaftlichen Konferenzen und die eindrucksvollen Veranstaltungen zu den Jahrestagen der Befreiung. Dabei haben wir gemeinsam kritische Positionen zur Politik der neoliberalen Globalisierung, zur zukünftigen Entwicklung in Europa, zur Militarisierung der EU sowie gegen die imperialistischen Kriege der Gegenwart erklärt und Protestbewegungen aktiv mitgestaltet bzw. unterstützt.

Die Erhaltung des Friedens, der Kampf um die Beendigung der Beteiligung Deutschlands an Kriegen der NATO oder an mit Krieg gleichzusetzenden Einsätzen der Bundeswehr in aller Welt ist und bleibt dabei Hauptanliegen all unserer Einzelaktionen, die wir entsprechend unserer Satzung gemeinsam mit Bündnispartnern aus dem gesamten gesellschaftlichen Spektrum gestalten.

**Die GBM wurde am 31. Mai 1991 gegründet.** Sie betrachtet sich vornehmlich als ein Verband, der die Interessen von Millionen sozial und politisch Betroffener des überhasteten ohne Rücksicht auf die Menschen betriebenen Beitritts der DDR zur BRD

und dessen Folgen vertritt.

Die GBM vereint Menschen, die sich entschlossen haben, in ihrer Betroffenheit nicht zu resignieren, sondern sich gegen die Verletzung ihrer Menschen- und Bürgerrechte sowie ihrer Menschenwürde zu wehren und sich ihre Selbstachtung nicht rauben zu lassen.

## **1. GBM hinterließ bei der politischen Thematisierung nicht weniger Schwerpunktthemen ihre Spuren**

- **Medienkahlschlag Ost**

GBM kämpfte entschieden gegen die Schließung, undemokratische Übernahme oder Ersetzung der Ostmedien. Der Entwurf eines Aufrufes der GBM für eigenständige Medien Ost wurde von den Teilnehmern des 6. Journalistentags am 1. Dezember 1991 in Mainz unterzeichnet. Der Medienkahlschlag konnte nicht verhindert werden, aber Solidarität wurde gewonnen.

- **gegen Berufsverbote**

Initiative gegen Berufsverbote und die GBM veranstalteten im März 1992 in Magdeburg eine gemeinsame Konferenz. Die GBM hatte zunächst vor allem die Berufsverbote der Intelligenz im Focus. Durch die Zusammenarbeit mit der ALV hat sich die GBM auch dem Widerstand der Arbeiter angenommen und deren Proteste gegen Entlassungen und Betriebsstilllegungen unterstützt. Konferenzen zum Thema, an denen die GBM beteiligt war, im Januar 1993 in Berlin und Februar 2002 in Hamburg.

- **Zerstörung des Gesundheitswesens der DDR**

Auf Grund der vielen Ärzte und Medizinprofessoren unter den Gründungsmitgliedern der GBM hat sie sich mit Engagement und Expertenwissen gegen die Zerstörung des Gesundheitswesens, insbesondere die Infragestellung der Polikliniken, und die Abwerbung von Medizinern gewendet.

- **Kampf um Rentengerechtigkeit**

Der Kampf um gerechte Rente nahm bei einer Anhörung am 17. April 1991 in Bonn seinen Anfang. Die Vertreter der GBM prangerten bei dieser Anhörung im Namen von Millionen DDR-Bürgern die Absicht der Bundesregierung an, das Rentenrecht als Strafrecht zu missbrauchen und hunderttausendfaches Renten- und Versorgungsunrecht in Kraft setzen zu wollen. Von Anfang an war dieser Kampf Bestandteil und Schwerpunkt der Arbeit der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerecht und Menschenwürde e. V. GBM. Nach der Verabschiedung des RÜG am 25. Juli 1991 im Bundestag traten Dr. Fritz Rösler, Wolfgang Richter und andere Mitglieder der GBM immer wieder in Versammlungen, auf Kundgebungen u. a. Veranstaltungen auf, um die schändlichen Bestimmungen des RÜG zu erläutern und den Widerstand dagegen zu organisieren. Es bedurfte eines langen und komplizierten Kampfes um gerechte Renten, der bis heute nicht beendet ist.

- **Wahrung und Durchsetzung der Menschenrechte**

Seit ihrer Gründung half die GBM Betroffenen beim Kampf um die Wahrung und Durchsetzung ihrer Menschenrechte. Der Vorstand der GBM schrieb einen Brief an den Präsidenten des Europaparlaments. Bei einer Tagung des Ausschusses für Recht und Bürgerrechte der Fraktion der Linken im Europaparlament in Berlin erhielt der Vorsitzende der GBM die Möglichkeit zu einem Kurzvortrag über die Betroffenheit der Bevölkerung in den neuen Bundesländern. Das Europaparlament übernahm 1992 in seinen Jahresbericht des Ausschusses für Grundfreiheiten und innere Angelegenheiten über die Achtung der Menschenrechte in der Europäischen Gemeinschaft Einschätzungen, die ihm von der GBM und anderen politischen Kräften mitgeteilt wurden. „die DDR hat immer noch eine Seele“ schrieb die FAZ 2001 über die Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde. Auslöser war die UNO-Auflage für die Bundesrepublik, Nachteile für Ostdeutsche zu beseitigen. Initiator der Auflage war die GBM. Seit 1991 setzt sie sich dafür ein, die Benachteiligung von DDR-Bürgern nach dem Anschluss der DDR an die BRD zu beseitigen.

Aktivitäten zu Menschenrechtsfragen:

- 
- \* Im **Mai 2011** hat die GBM in diesem Rahmen eine eigene Stellungnahme zum 5. Staatenbericht der Regierung vorgelegt und diese bei der Sechsendvierzigsten Tagung des Ausschusses für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte in Genf durch ein Mitglied der Gesellschaft vertreten. In dieser Stellungnahme und in den dazu erarbeiteten Analysen wurden beträchtliche Defizite bei der Verwirklichung der Menschenrechte, insbesondere bei den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten in der BRD sichtbar.

- **Frieden als höchstes Gut**

Die Probleme der Friedenserhaltung und -sicherung spielten im Leben der GBM eine bedeutende Rolle. Die GBM war auch durch die Biografien einiger ihrer Mitbegründer eng verbunden mit Friedensinitiativen und nahm an deren Aktivitäten im Rahmen ihrer Satzungsziele aktiv teil. Besonders Wolfgang Richter war durch seine Herkunft vom Institut für Friedensforschung der Humboldt-Universität Berlin geprägt.

Was die Verbindung der Friedensfrage mit der Menschenrechtsproblematik betrifft, so war der Standpunkt der GBM durch die selbst erfahrene Menschenrechtserziehung in der DDR sowie durch überwiegend marxistische Positionen geformt, die von der Unteilbarkeit der Menschenrechte ausgingen.

- \* Mit dem Ausbruch des **Jugoslawienkrieges** kam es zu einer spürbaren Belebung der Friedensbewegung sowohl in Ost- wie auch in Westeuropa. Die GBM nahm an zahlreichen Beratungen teil, auf denen dieser Krieg verurteilt wurde. In Osteuropa fanden Tribunale in verschiedenen Staaten statt. Der politisch ansonsten in sehr verschiedener nationaler Ausprägung wirkende Slawische Bund war sich in diesem Ziel einig. Die GBM nahm an denen in Kiew und Sofia teil. In den westlichen Staaten fanden von verschiedenen Veranstaltern weitere Tribunale statt, an denen wir

---

teilgenommen haben. Das war in Brüssel die Veranstaltung der Russell-Foundation, in Athen des Weltfriedensrates, in Belgrad eine Vereinigung verschiedener Organisationen. In den USA wurde ein Tribunal des International Action Center um den ehemaligen Justizminister der USA Ramsey Clarke durchgeführt. In vielen dieser Tribunale waren Vertreter der GBM in den Spruchkörpern oder als Experten tätig. Professor Wolfgang Richter, nahm an vielen dieser Veranstaltungen aktiv teil.

- \* Gründung des Europäischen Friedensforums vom **17. bis 19. Mai 2002** in Athen unter dem Motto „Europa muss ein Kontinent des Friedens und Mahnmal gegen Kriege sein“. Der Vorsitzende der GBM, Wolfgang Richter, wurde zum **geschäftsführenden Präsidenten des Europäischen Friedensforums** (epf) gewählt.
- \* Aus Anlass des **60. Jahrestages der Befreiung** Europas von Faschismus und Krieg fand am **6. Mai 2005** eine Sitzung des Präsidiums des Europäischen Friedensforums in Berlin statt Die Beratung hatte sich die Aufgabe gestellt, diesen historischen Jahrestag als Gedenken, Mahnung und Verantwortung zu würdigen. Vertreter aus sieben europäischen Ländern stellten diese Aufgaben in den Mittelpunkt ihrer Vorträge sowie ihrer Diskussionsbeiträge. Die Feststellung von Prof. W. Richter in seinem Eröffnungsreferat, dass „der Sieg über den Faschismus im Zweiten Weltkrieg die größte Kulturtat der Menschheitsgeschichte im 20. Jahrhundert“ war, fand die ungeteilte Zustimmung der Teilnehmer der Beratung.
- \* **Menschenrecht Kultur**

Wirkung von Kultur und Kunst hat zuerst mit Menschlichkeit zutun, also mit Menschen-rechten. Deshalb sind sie in der GBM seit ihrer Gründung integraler Bestandteil der Arbeit. Durch sie wirkt die GBM in besonderer Weise in die Öffentlichkeit. Das geschieht durch vielfältige Beziehungen und Freundschaften zu Künstlern und Kulturschaffenden, durch Ausstellungen und Kunstexkursionen, durch Lesungen, Kunstdiskussionen und andere Veranstaltungen. Prof. Dr. Wolfgang Richter hat sich in seiner Tätigkeit als Vorsitzender der GBM von Anfang an dafür eingesetzt auch künftig Kunst der DDR, proletarische Kunst im weitesten Sinne vor Vandalismus und Vernichtung zu schützen.